



1) Nehmen wir an, Ihre alte Schule soll einen neuen Namenspatron bekommen. Wen würden Sie aus welchen Gründen vorschlagen?

Schulen müssen nicht unbedingt nach Personen benannt werden. Es gibt sehr gut arbeitende und erfolgreiche Schulen, die dies nicht getan haben. Eine Person im Schulnamen kann aber die Identität und das Leitbild einer Schule stärken. Entschließt sich eine Schule für eine Namensgebung, dann sollte ein breit getragener, sorgfältiger Entscheidungsprozess "von unten" folgen. Denn Schüler*innen, Lehrende und Eltern müssen in der Folge den Schulnamen in der täglichen Arbeit mit Leben füllen.



Wenn meine alte Schule die "Ehemaligen" fragte, würde ich die Edelweißpiratin Gertrud Koch oder die Schriftstellerin Irmgard Keun vorschlagen. Beide waren Kölnerinnen, Gegnerinnen von NS-Regime und Krieg. Sie setzten sich für ein freies und selbstbestimmtes Leben ein, in unterschiedlicher Weise für Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Sollte ich zum Oberbürgermeister gewählt werden, würde ich jedoch keinen Vorschlag äußern.

2) Wie wollen Sie den Personalmangel in den Kölner Kitas beheben?

Die Situation in den Kitas ist dramatisch. Die Bekämpfung von Personalmangel und Fluktuation ist zentral für die Verlässlichkeit von Kitaangeboten für Kinder und Eltern. Bisher schöpft die Stadt nicht alle ihre Möglichkeiten aus. So sollen alle bei der Stadt beschäftigten Fachkräfte in S8b eingruppiert werden, alle Kinderpfleger*innen in S4. In jeder Kita, ob städtisch oder nicht, soll es ein systemisches, betriebliches Gesundheits- und Qualitätsmanagement geben. Für Auszubildende im Erzieher*innenberuf baut die Stadt ein Wohnheim.

Die Stadt muss sich zusammen mit anderen Kommunen beim Land dafür einsetzen, dass der Personalschlüssel und andere Dinge verbessert werden: Die Kitas brauchen multiprofessionelle Teams, damit die Erzieher*innen sich auf die pädagogischen Aufgaben, d.h. individuell auf die Persönlichkeiten der Kinder, konzentrieren können. Die umstrittene Kita-Personalverordnung von 2024 muss das Land zurückzunehmen, weil sie es ermöglicht, dass in Gruppen wochenlang keine Fachkraft mehr tätig ist.

3) Beabsichtigen Sie, die Kitas in Köln beitragsfrei zu machen?

Die kürzlich im Rat beschlossene Beitragsfreiheit für Eltern mit einem gemeinsamen Einkommen bis zu rund 2.000 Euro brutto im Monat ist ein Anfang, aber nicht ausreichend. Gerade bei den aktuell stark gestiegenen Lebenshaltungskosten werden die Kitabeiträge auch bei einem etwas höheren Einkommen zu einer echten Belastung. Ich möchte dann sofort die unteren und mittleren Einkommen von Familien bis 37.000 Euro im Jahr von Kitabeiträgen



11 Fragen der GEW Köln an Linke-OB-Kandidat Heiner Kockerbeck

entlasten. Im nächsten Schritt soll bis 2028 dann die Kinderbetreuung für alle ab drei Jahren beitragsfrei sein, wie jetzt schon in unserer Nachbarstadt Düsseldorf.

4) Was sollte die Stadt Köln tun, um die Arbeitsbedingungen der Kolleg*innen im Offenen Ganzttag zu verbessern?

Im offenen Ganzttag gibt es zunächst ein großes Problem bei der Bezahlung und bei den Arbeitsverhältnissen. Solange das Land keine Standards setzt, am besten den Ganzttag an Grundschulen gesetzlich verankert, braucht es nicht so viel Geld dafür zu bezahlen. Der OGS bliebe ein Sparmodell. Wie bei den Kitas müssen die Kommunen gemeinsam öffentlich deutlich machen, dass Bund und Land endlich mehr Geld für Bildung zur Verfügung stellen müssen.

Der offene Ganzttag leidet unter den schlechten räumlichen Bedingungen. Die Grundschulen brauchen Mensen, damit Kinder nicht im Klassenraum essen müssen. Für differenzierte Nachmittagsangebote - Aufgaben machen und üben, Kunst und Musik, Sport u.a. - muss die Stadt die Gebäude der Schulen erweitern. Das verbessert auch die Arbeitsbedingungen für die Kolleg*innen, reduziert zusätzlichen Stress und Belastungen.

5) Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, damit die OGS-Abdeckung in den weniger wohlhabenden Stadtteilen Kölns auch bei 100% liegt?

Erstens muss hier mit Priorität vor anderen Stadtteilen die Ausstattung mit Räumen (Mensen, Küchen und Ganztagsräumen) verbessert werden, auch damit deutlich wird: Der Ganzttag gehört fest zu einer Schule, ist wichtig und attraktiv. Zweitens müssen OGS-Plätze besonders in einkommensärmeren Stadtteilen über den jeweils angemeldeten Bedarf hinaus als Reserve geschaffen werden, damit alle angemeldeten Kinder Platz finden und niemand abgewiesen werden muss. Sollte es drittens Eltern geben, die ihre Kinder nicht anmelden wollen, muss es verstärkte Werbung und Beratung geben. Dafür sollte es mehr Familiengrundschulzentren für die Elternarbeit der Schulen geben, damit die Eltern in die Schule durch Beratungsangebote u.a. "hineingezogen" werden.

6) Was ist für Sie eine gute Ganzttagsschule?

Sie braucht dringend eine neue Schul- und Unterrichtsorganisation, großzügige Gebäude und Ausstattungen. Ein sinnvoll durchstrukturierter Tagesablauf muss möglich sein: Lernphasen mit Konzentration und Sitzen, Erholung und erlebnisorientiertes Lernen müssen sich abwechseln.

Die Stadt Köln begann vor 15 Jahren, die traditionelle Flurschule bei Neubauten abzulösen durch neue pädagogische Raumkonzepte. Es braucht aber mehr Geld im System, um diesen Ansatz weiterzuentwickeln. Diese Schule braucht auch mehr Lehrende, Sozialarbeiter- und Psycholog*innen.

Die Alemannenschule in Wutöschingen leistet hier heute schon viel. Sie unterrichtet in einem Drittmix von eigenständigem Arbeiten (mit Kompetenzrastern und digitalen Angeboten), von



11 Fragen der GEW Köln an Linke-OB-Kandidat Heiner Kockerbeck

Arbeit in der Gruppe und im Team sowie von kurzen Instruktionen in traditioneller Form. Dafür hat die Schule ein Gebäude mit gut ausgebauten offenen Lernbereichen, persönlichen Arbeitsplätzen für alle Lernenden und "Marktplätzen", an denen die Schüler*innen beraten werden.

7) Wie kann der Schulbau bzw. die Schulsanierung beschleunigt werden?

Die Stadt Köln hat den Schulbau in den vergangenen Jahren teilweise beschleunigt. Mehr Schulen wurden saniert und neu gebaut. Jedoch wurde dies weitgehend mit den Mitteln der Privatisierung erreicht, weil die städtische Bauabteilung zuvor kaputtgespart wurde. Private Firmen und Baukonzerne übernahmen Planung und Bau. Zunehmend werden Schulen direkt in Öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) gebaut. Schulen und Grundstücke sind im "Investorenmodell" nicht mehr Eigentum der Stadt.

Dennoch sind viele Kölner Schulgebäude marode und Schulplätze fehlen. Die Stadt muss, unterstützt von Land und Bund, selbst mehr Grundstücke kaufen, um in allen Stadtbezirken Flächen für öffentliche Bedarfe zu haben. Sie muss ihre eigene Bauabteilung durch höhere Gehälter mit mehr erfahrener Personal ausstatten. Denn die Sanierung der Gebäude wird noch lange eine Daueraufgabe sein. Und um die Klassen zu verkleinern, die Schulgebäude pädagogischer zu gestalten, werden auch in Zukunft neue Gebäude und Umbauten nötig sein.

8) Sollten weiterführende Schulen, die über eine geringe Anmeldezahl verfügen, in Gesamtschulen umgewandelt werden?

In Neubrück ist sofort anstelle der Hauptschule eine Gesamtschule zu gründen. Weitere Haupt- und Realschulen sollen folgen, z.B. in Nippes. Denn bei den Anmeldungen zum fünften Schuljahr blieben 2024 über 1.000 Plätze an diesen Schulformen zunächst unbesetzt. Gesamtschulplätze fehlten.

Gesamtschulen sollen in Köln wohnortnah für jedes Kind zu erreichen sein. Mit höherem Angebot steigen nach aller Erfahrung die Anmeldungen an Gesamtschulen. Vorschläge für Grundstücke gibt es seit Jahren: z.B. in Humboldt-Gremberg oder in Junkersdorf am Salzburger Weg.

Der neue OB muss sich dafür einsetzen, dass Köln einen ambitionierten Ausbauplan für die inklusiven und individuell fördernden Gesamtschulen aufstellt: "Eine Schule für alle" als Ziel. Begleitet von breiter öffentlicher Diskussion sollte der Rat sich das Ziel setzen, bis 2035 den Anteil Gesamtschüler*innen eines Jahrgangs auf 50 % + x zu steigern. Mehr Gesamtschulen sind ein Schritt zu weniger sozialer Spaltung in der Stadt, mehr Inklusion und einer neuen Lernkultur.



11 Fragen der GEW Köln an Linke-OB-Kandidat Heiner Kockerbeck

9) In der außerschulischen, kommunal verantworteten Bildung haben sich Honorarsätze zwischen 30 und 35 Euro pro Unterrichtsstunde etabliert. Ab wann können die Lehrkräfte an der VHS mit einer Anpassung in dieser Höhe rechnen?

Die Honorare für alle Kurse außerhalb der Deutsch- und Integrationskurse sollen schnell eine Untergrenze von 40 Euro haben. Sie müssen dynamisiert werden, also den Steigerungen des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes folgen.

Ein Exkurs zum Thema Finanzen:

Für Investitionen in Bildung, Wohnen, Soziales und Ökologie muss die Finanzlage der Stadt verbessert werden. Meine Partei schlägt u.a. eine Erhöhung der Gewerbesteuer vor und die Einstellung zusätzlicher Betriebsprüfer*innen. Jede*r Betriebsprüfer*in erbringt statistisch Mehreinnahmen von einer Million Euro. Die Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen, ist folgerichtig, denn sie profitieren davon, wenn die Stadt stärker in die soziale Infrastruktur investiert und Köln damit attraktiver für Menschen macht, die dem Arbeitsmarkt als Fachkräfte zur Verfügung stehen. Bei den Haushaltsberatungen 2025 hat die Linke veranschlagt, dass allein die genannten Vorschläge jährliche Mehreinnahmen von fast 50 Millionen Euro bedeuten würden.

10) Wollen Sie dem Beispiel anderer Städte folgen und Planstellen für Lehrende in den Integrationskursen (DaZ) einrichten?

Die Fraktion Die Linke hat bereits bei den Haushaltsberatungen für 2025/2026 vorgeschlagen, jährlich feste Stellen für Dozierende an der Volkshochschule zu schaffen. Diesen Vorschlag werde ich noch einmal in Ratsgremien einbringen und dafür eine finanzielle Deckung im Haushalt organisieren. Alle die, die einen festen Anstellungsvertrag möchten, sollen diesen schrittweise erhalten. Priorität haben die rund 90 Dozierenden, die bereits jetzt arbeitnehmerähnlich in Vollzeit und langjährig für die VHS arbeiten. An der Rheinischen Musikschule erhalten seit 2024 bereits alle ehemals auf Honorarbasis arbeitenden Musiklehrer*innen glücklicherweise eine feste Anstellung. Nun muss die VHS hier nachziehen können. Die Stadt Köln würde damit einen Beitrag zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und Prekarität leisten.

11) Wenn Sie einen Bildungsgutschein für einen VHS-Kurs geschenkt bekämen, für was für einen Kurs würden Sie sich anmelden?

Mir würde die spanischsprachige Fahrradtour durch den Äußeren Grüngürtel Spaß machen.